

ENTSCHLIESSUNGSAНTRAG

der Abgeordneten Gartelgruber
und weiterer Abgeordneter

betreffend den Ausstieg Österreichs aus dem Emissionszertifikatehandel

eingebracht im Zuge der Debatte zum Dringlichen Antrag der Abgeordneten Glawischnig-Piesczek, Brunner, Freundinnen und Freunde betreffend Schluss mit der Klimaschutzblockade der Bundesregierung – mehr Geld für den Klimaschutz in der 51. Sitzung des Nationalrates am 11. Dezember 2009

Dass die Preise für Öl und die Rohstoffe nach oben manipuliert sind, ist längst kein Geheimnis mehr. Ob dies gut ist, weil damit der weltweite Ressourcenverbrauch eingeschränkt wird oder schlecht, weil sich damit jegliches Produkt überproportional verteuert oder ob es noch andere Gründe und Wertungen gibt, das hängt vom Standpunkt des Betrachters ab. Faktum ist, dass fossile Ressourcen endlich sind und Österreich daher dringend alle Maßnahmen setzen muss, um die Abhängigkeit von eben diesen Ressourcen drastisch zu verringern.

Faktum ist auch, dass etwa seit dem Jahr 2002 vor allem Spekulationen die Öl- und Rohstoffpreise überproportional nach oben gejagt haben. Zeitgleich mit hyperinflationären Erscheinungen in den USA einhergehend mit dem Verfall des Dollars begann eine weltweite Kampagne, mit der einer unmittelbar bevorstehenden Klimakatastrophe begegnet werden sollte.

Mit der Einführung von „Emissionsrechten“, also der Berechtigungen zur Erzeugung von CO₂, und der Deckelung der absoluten Menge durch die Regierungen sollte darauf reagiert werden. Dahinter steckt die Idee, für den Kauf und Verkauf von Emissions-„Gutschriften“ oder „Rechten“ einen Markt zu entwickeln. Dem Markt sollte überlassen werden, wo diese Einsparungen dann tatsächlich stattfinden.

Seit eben dieser Zeit entwickelt sich in den USA, genauso wie in Europa, ein schwunghafter Handel mit diesen CO₂-Emissionsrechten. Dabei steht die „Chicagoer Klimabörse“ (Chicago Climate Exchange, CCX), im Mittelpunkt. Vielfach wird angemerkt, dass es sich um eine künstlich erzeugte und durch die Menschen verursachte Klimakrise handelt, die von den selben Personen und Kreisen und Oligarchien erzeugt und instrumentalisiert wird, die in den letzten Jahren den Preis von Öl und anderen Rohstoffen in die Höhe getrieben haben. Der tatsächliche Hintergrund, die Weltbevölkerung durch eine neue Finanzblase zu plündern, bleibt dabei im Verborgenen.

Die Freiheitlichen kritisieren seit langem den Ankauf von Emissionszertifikaten durch die Republik Österreich, weil darin keine zukunftsweisende Umweltpolitik zu sehen ist. Investitionen in diese von Spekulationen abhängigen Zertifikate sind eine verantwortungslose Vergeudung von österreichischem Steuergeld.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSAVTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, alle notwendigen Maßnahmen zu setzen, um den Ausstieg Österreichs aus dem Emissionszertifikatehandel vorzubereiten und möglichst rasch zu vollziehen. Gleichzeitig sind in Österreich alle Maßnahmen zu setzen, um eine grundlegende Wende zur Nutzung heimischer und damit erneuerbarer Energiequellen zu realisieren.“

Parlament

Wolfgang Delitz

Wolfgang Delitz

Wolfgang Delitz